

Herrn Dr.
Klaus Tschütscher
Regierungschef-Stellvertreter
Ressort Wirtschaft
Regierungsgebäude
9490 Vaduz

Schaan, 22. Januar 2007

Stellungnahme zum Gesetz über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien (Energieeffizienzgesetz; EEG)

Sehr geehrter Herr Tschütscher
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht betreffend die Schaffung des neuen Energieeffizienzgesetzes. Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz nimmt wie folgt Stellung:

Die zerstörerische Kraft fossiler und atomarer Energieträger ist gross. Liechtenstein will seinen Weg zum zukunftsfähigen „Energienestknaben“ (Energiekonzept 2013) konsequent begehen. Bereits heute muss einerseits mit einer visionären Energiepolitik eine radikale Abkehr von nicht erneuerbaren hin zu erneuerbaren Energieträgern ins Auge gefasst werden. Andererseits müssen angesichts der klimapolitischen Dringlichkeit Massnahmen für eine Verbesserung der Effizienz beim Verbrauch nicht erneuerbarer Energie vorangetrieben werden. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die Förderung von Energiesparmassnahmen durch öffentliche Gelder ist in Liechtenstein bereits heute auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Wir anerkennen dies sehr, und wir begrüssen, dass angesichts des dynamischen Umfeldes mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf eine Verstärkung, eine Anpassung und insbesondere eine Vereinfachung der Fördermechanismen erreicht werden soll.

Grundsätzliches

Klimapolitische Massnahmen, die auf Kosten der Ökologie und der Lebensraumqualität gehen oder aus anderen Gründen (zB. Ökonomischen) gegen die Vernunft sprechen, lehnen wir dezidiert ab. Dies ist insbesondere bei einem Ausbau der Wasserkraftnutzung von Bedeutung. Ein neues Grosskraftwerk am Alpenrhein sowie ein atomstrombetriebenes Pumpspeicherwerk für die Spitzenstromproduktion lehnen wir ab. Die ökologisch unbedenklichsten Potenziale für erneuerbare Energien sehen wir insbesondere bei der vielfältigen Nutzung der Sonnenenergie sowie bei der Nutzung der Biomasse.

Die klimapolitischen Ziele Liechtensteins sind hoch. Rund 38% des Kohlendioxides stammt aus der Verbrennung von Treibstoffen. Dass Verkehrspolitik und Energiepolitik bis jetzt nicht koordiniert wurden, wird ausschliesslich politisch durch die ungünstige Ressortaufteilung begründet. Energiepolitik ist eine der wichtigsten Querschnittsaufgaben der Zukunft. Die Koordination im Sinne der Sache, mindestens zwischen den Ressorts Bau, Wirtschaft, Verkehr und Umwelt sollte verstärkt werden. Das Energiekonzept muss im Hinblick auf einen umfassenden Massnahmenkatalog überarbeitet werden.

Die energiepolitischen Fördermassnahmen sind eng mit den umweltpolitischen Zielen im Klimaschutz verknüpft. Die Effizienz der Fördergelder, zum Beispiel die „eingesparte Einheit CO₂ pro Förderfranken“ muss bei der Bemessung der Förderbeiträge berücksichtigt sein. Nicht direkt messbar ist diese Effizienz bei Massnahmen der Information und Öffentlichkeitsarbeit. Solche bewusstseinsbildende Massnahmen sind jedoch unerlässlich und eine zentrale Aufgabe des Landes.

Der Zweck öffentlicher Förderbeiträge besteht darin, im Sinne der umfassenden und übergeordneten Zielerreichung für private Akteure Anreize zu schaffen für freiwillige Massnahmen, welche über das gesetzlich geforderte Mass hinausgehen.

Das Gesetz bleibt in vielen Punkten relativ allgemein und verweist auf die Verordnungsebene. In einzelnen Punkten nehmen wir auch darauf Bezug.

Zum Gesetz

I Allgemeine Bestimmungen

Art. 2, Geltungsbereich, Abs. 1)

Im Sinne einer umfassenden Förderpolitik ist es zwingend, dass der Geltungsbereich des vorliegenden Gesetzes ausgedehnt wird. Insbesondere in den Bereichen Mobilität und Prozessenergie sehen wir ein grosses Potenzial für Energieeinsparungen und erachten eine Förderung als sinnvoll. Diese beiden Bereiche sind in den Geltungsbereich aufzunehmen, zum Beispiel mit „Energieeffizienz von Fahrzeugen“, „Erneuerbare Treibstoffe“, „Energieeffizienz in gewerblichen und industriellen Prozessen“ usw. Es versteht sich von selbst, dass das Gesetz an geeigneter Stelle um sinnvolle Fördermassnahmen ergänzt werden muss. Gerne reichen wir bei einem entsprechenden Grundsatzentscheid detaillierte Vorschläge ein.

Der gewählte Gesetzesname lässt auf ein umfassendes Fördergesetz für alle relevanten Endverbraucher schliessen. Sollte der Geltungsbereich nicht ausgedehnt werden, schlagen wir eine Namensänderung vor, welcher den bestehenden zwar verlängert, jedoch Klarheit schafft: „Gesetz über die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien bei Bauten und Anlagen“.

Art. 2, Geltungsbereich, Abs. 2)

Das Gesetz regelt nicht klar, inwieweit Bauten und Anlagen von Gemeinden gefördert werden. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass die Gemeinden im Sinne des Gemeinwohls eine Vorbildfunktion haben und keine Fördergelder des Landes erhalten sollen.

Art. 3, Begriffe, c) Demonstrationsobjekte

Kommerziell genutzte Bauten wie Industrie- und Gewerbebauten, aber auch Dienstleistungsgebäude wie Bürogebäude, Einkaufszentren, Hotels oder grössere Wohnüberbauungen mit einer Energiekennzahl, welche mindestens dem Minergie-P-Standard entspricht, sind aufgrund ihrer Breitenwirkung äusserst wünschenswert. Besonders ambitionierte Immobilienprojekte sollen auch als Demonstrationsobjekte gefördert werden können. Hierzu ist die Begriffsdefinition wie folgt zu ergänzen: „Bauten und Anlagen, die der Markterprobung dienen und“

II Förderung der Energieeffizienz

1. Wärmedämmung bestehender Bauten

Art. 5, Beitragsberechnung, Abs.1)

Im Grundsatz ist die Förderung bei bestehenden Bauten in Abhängigkeit der Einzelbauteile und deren Fläche sinnvoll. Allerdings sprechen wir uns sehr dagegen aus, diese Förderung gegen oben zu plafonieren. Das Gesetz soll besonders auch Anreize für Sanierungen grosser Objekte wie Mehrfamilien-, Industrie-, Gewerbe- und Bürobauten bieten.

2. Minergie

Art. 6, Grundsatz, und Art. 7, Beitragsberechnung

Art. 6 ist um den Grundsatz „Je tiefer die Energiekennzahl, desto höher die Förderbeiträge“ zu ergänzen. Um die Fördereffizienz zu gewährleisten ist eine abgestufte Förderung, welche höhere Leistungen höher belohnt, unerlässlich.

Aus Gründen der einfachen Durchführbarkeit befürworten wir die Förderung von bekannten Baustandards. Die Energieverordnung zum Baugesetz für Neubauten bezüglich Dämmung entspricht bereits den Minergieanforderungen. Das Gesetz muss Anreize schaffen für Leistungen im Energiebereich, welche über gesetzliche Vorschriften hinausgehen. In der Energieverordnung nicht verlangte kontrollierte Lüftungen mit Wärmerückgewinnung können über die Förderung von Haustechnikanlagen ausreichend berücksichtigt werden – Kap. 3, Haustechnikanlagen, ist falls nötig entsprechend zu ergänzen. Der Standard Minergie soll aus unserer Sicht nicht gefördert werden. Stattdessen sollen Bauten, die den Nachweis für den Standard Minergie-P erbringen, mit einem umso höheren, mindestens verdoppelten Beitrag gefördert werden. Art. 6 und 7 sowie die Verordnung sind entsprechend anzupassen.

Nach dem Stand der Technik ist es möglich, mit Nutzung der passiven Sonnenwärme sogenannte „Niedrigstenergie-“, „Klima-“ oder „Nullenergiehäuser“ zu bauen. Zur speziellen Förderung solcher ambitionierter Bauprojekte, die nicht in jedem Fall den Label-Vorgaben entsprechen, jedoch bezüglich Energiekennzahl deutlich tiefer als zum Beispiel Minergie-P liegen, muss das Gesetz in Art. 6 unbedingt eine Ausnahmeregelung vorsehen.

Die spezielle Förderung grösserer Bauten durch einen Beitrag pro Quadratmeter befürworten wir sehr.

3. Haustechnik

Minergie-P-Bauten brauchen in der Regel kein konventionelles Heizsystem. Sie dürfen gegenüber konventionellen Baustandards keinesfalls benachteiligt sein. Das heisst, dass die Förderung kleinerer Anlagen respektive von Restwärmequellen vergleichsweise hoch bemessen sein muss.

III Förderung von erneuerbaren Energien, von Demonstrationsobjekten und anderen Anlagen

1. Solarenergie

Art. 10, Thermische Sonnenkollektoren

Die Förderung thermischer Sonnenkollektoren darf gegen oben nicht plafoniert werden, da insbesondere auch grössere Anlagen bei Mehrfamilien- Industrie- und Dienstleistungsgebäuden erwünscht sind. Die Technologie dieser Anlagen ist mittlerweile so bewährt, dass wir ihren Demonstrationscharakter in Frage stellen.

Art. 11, Photovoltaik

Die LGU spricht sich für das System der Einspeisevergütung aus, allenfalls in Kombination mit Investitionsbeiträgen. Der Diskussionsstand der involvierten Akteure zu diesem Thema entspricht nicht mehr dem Vernehmlassungsbericht. Die LGU unterstützt daher die detaillierten Ausführungen in den Kapitel 4.2. und 4.3. der Stellungnahme der Solargenossenschaft Liechtenstein vom 15. Januar 2006 (im Anhang). Wir tun dies ausdrücklich im Sinne einer Bestärkung dieser Position im Rahmen dieser Vernehmlassung.

2. Demonstrationsobjekte

Siehe unsere Erläuterungen zu Art. 3, Seite 3 dieser Stellungnahme.

Die Kriterien für die Bemessung dieser Beiträge müssen unbedingt geregelt sein, unter Berücksichtigung einer gewissen Flexibilität bei neuen Technologien.

IV Organisation

Art. 13, Energiekommission, Abs. 2

Wir befürworten eine institutionelle Stärkung der Energiekommission als personell reduziertes Expertengremium. Allerdings ist gerade für Interessensgruppierungen die Kommissionsarbeit äusserst wichtig. Einerseits wird damit der Informationsfluss für ihre Arbeit gefördert. Kommissionen sind für sie auch eine Art Stimmungsbarometer, bei dem verschiedene Aspekte der Machbarkeit zutage treten. Dass die Interessensgruppierungen konstruktiv mitarbeiten und mit ihrem Fachwissen einen wichtigen Beitrag leisten, hat sich bisher in der trotz ihrer Grösse hervorragend funktionierenden Energiekommission besonders gut gezeigt. Aus diesen Gründen beantragen wir Erweiterung um eine Person. Neu soll die Energiekommission aus dem Vorsitzenden sowie fünf weiteren Mitgliedern bestehen. In Abs. 2) ist die Teilnahme von zwei VertreterInnen von Interessensgruppierungen ausdrücklich zu erwähnen.

Art. 14, Energiefachstelle

Angesichts der in Art. 14 aufgelisteten Aufgabenmenge und im Hinblick auf die Qualitätssicherung ist es unerlässlich, die Energiefachstelle personell zu erweitern. Eine Mehrzahl der aufgeführten Aufgaben sind aufgrund der zahlreichen involvierten Ressorts, Amtsstellen und privaten Akteure sowie der Wichtigkeit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit einem grossen Koordinationsaufwand verbunden. Um diese Aufgaben effizient wahrnehmen zu können, ist für die Fachstelle ein Höchstmass an Flexibilität und Unabhängigkeit nötig. Dies ist aus unserer Sicht innerhalb der bestehenden Strukturen nicht gegeben. In einem ersten wichtigsten Schritt könnte die Energiefachstelle neu als Stabsstelle mit besonderen Kompetenzen fungieren.

Für die Bereiche Aus- und Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit mit Industrie und Gewerbe (zB. Unternehmernetzwerke) ist die Gründung einer unabhängigen Institution mit Leistungsauftrag zu prüfen, allenfalls in enger Kooperation mit den Nachbarn Vorarlberg, Graubünden und St.Gallen.

V Verfahren

Art. 17, Abs. 4

Um bei bestehenden Bauten Gesamtanierungen zu bevorzugen, ist nur eine einmalige Förderung vorgesehen. Auch wenn dies im Sinne der Zielerreichung Sinn macht, muss berücksichtigt werden, dass viele HauseigentümerInnen aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sind, ihr Objekt gesamthaft zu sanieren. Art. 2 a), Wärmedämmung bestehender Bauten, ist daher aus Art. 17, Abs. 4 auszunehmen und separat zu regeln. Wir schlagen die Angabe eines zeitlichen Rahmens für einen erneuten Antrag, zum Beispiel alle 8 Jahre vor. Dies macht auch bei Eigentumswechseln Sinn. Angenommen, eine Hausbesitzerin, für die eine teure Fassadendämmung ausser Frage steht, beantragt die Förderung für eine kostengünstige Dachdämmung. Der neue Besitzer will in eine Fassadendämmung und neue Fenster investieren – mit der vorgeschlagenen Regelung hat er keine Möglichkeit, Fördergelder zu beantragen. Solche Fälle sind unseres Erachtens nicht im Sinne des Gesetzes und insbesondere bei Renditeobjekten (zB. Mehrfamilienhäusern) nicht erwünscht.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme und Berücksichtigung dieser Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen
Regula Mosberger
Geschäftsführerin LGU



ANHANG

Aus der Stellungnahme der Solargenossenschaft Liechtenstein zum Gesetz über die Förderung der Energieeffizienz und der Erneuerbaren Energien

4.2 Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien

4.2.1 Das Potenzial in Liechtenstein

Im Energiekonzept von 2004 wurde für die Photovoltaik von einem realistischen Potenzial von 173 MWh ausgegangen. Es entzieht sich unserer Kenntnis, weshalb man die Photovoltaik kaum berücksichtigte und ihr offenbar auch keine Entwicklungschancen einräumte. Bereits bei Drucklegung des Energiekonzepts war das darin postulierte Potenzial für das Jahr 2013 erreicht. Inzwischen sind über 300 MWh installiert.

Das Potenzial ist riesig und die Photovoltaik ist eine der wenigen Möglichkeiten für unser Land, Strom aus Erneuerbaren Energien zu produzieren, denn die durchschnittliche Sonnenscheindauer ist um vieles länger als in Deutschland. Im Gegensatz dazu ist das Potenzial der Wasserkraft annähernd ausgeschöpft, es kann nur noch mittels Erneuerungen und Wirkungsgradverbesserungen bei bestehenden Anlagen erhöht werden und auch die Stromproduktion mittels Biogas und Klärgas kann nicht mehr stark erhöht werden.

Wir widersprechen der Ansicht, dass die Nutzung der Photovoltaik vor allem mittels einer Förderung von neuen kleinen Anlagen erfolgen muss. Es ist zwar wünschenswert, dass möglichst viele Anlagen auf Einfamilienhäusern gebaut werden, aber um einen massiven Ausbau der Photovoltaik zu erzielen, müssen die Grossanlagen gleichermassen gefördert werden. Das Potenzial für PV-Anlagen auf Wohnblöcken, Häuserfassaden, Gewerbe- und Industriegebäuden sowie auf Scheunen ist riesig.

Die Firma Oerlikon Balzers, vormals Unaxis macht vor, wie die Photovoltaik aus ihrem Nischendasein herausgeführt werden kann. Die Solarsparte entwickelt und baut Geräte zur Herstellung von Dünnschichtmodulen und erhält damit Millionenaufträge, der letzte am 6. Dezember 2006 über 320 Mio Franken von der deutschen Firma API GmbH aus Offenbach. In Balzers und Trübbach sind in der Solarsparte innerhalb von drei Jahren mehr als 140 neue Arbeitsplätze entstanden. Es empfiehlt sich für Liechtenstein diese Technologie noch stärker zu fördern und dadurch in der Anwendung der Photovoltaik beispielhaft zu sein.

4.3 Fördermodelle im Vergleich

4.3.1 Das Ausschreibemodell

Dieses Modell birgt mehr Nachteile als Vorteile. Zwar erreicht man damit erwünschte marktwirtschaftliche Effekte und es ist möglich die gewünschte Menge genau zu definieren, aber die Durchführung mit Ausschreibung, Offerieren, Genehmigungen etc. ist sehr aufwändig und zeitraubend. Investoren, die den Zuschlag nicht erhalten, sind verunsichert und werden im Weiteren sehr zurückhaltend investieren. Die kleinen Anbieter von Strom aus Erneuerbaren Energien werden keine Chance mehr haben mitzuhalten. Irland als einziges Land in Europa, das bisher das Ausschreibemodell kannte, ist zum Vergütungsmodell übergegangen. Wir schlagen vor, das Vergütungsmodell anzuwenden.

4.3.2 Das Quotenmodell mit Zertifikaten

Hier werden die Akteure im Stromhandel verpflichtet, eine festgelegte Menge Strom aus Erneuerbaren Energien zu produzieren, zu kaufen oder zu verkaufen. Die Erfüllung der Quote wird durch ein Zertifikat nachgewiesen. Mit den Zertifikaten kann gehandelt werden. Wir gehen in der Beurteilung dieses Modells mit der Regierung einig, die Administration ist zu kompliziert und motiviert die Hauseigentümer kaum zum Bau von Photovoltaikanlagen. Wir lehnen dieses Modell ab.

4.3.3 Das Modell der Einspeisevergütung

Sie beruht auf der staatlichen Anordnung einer festen Mindesteinspeisevergütung, deren Höhe so berechnet ist, dass sie, über eine sichere Lebensdauer der Anlage gerechnet, alle Kosten deckt, die dem Anlagenbetreiber bei vernünftigem Bau, Betrieb und Rückbau entstehen, einschließlich der marktüblichen Zinsen. Der Vergütungssatz kann differenziert gestaltet werden, z.B. nach Art der Erneuerbaren Energie, der Grösse der Anlage oder auch nach dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme. Die Höhe der Vergütung kann auch degressiv gestaltet werden und dadurch auf die marktüblichen Preissenkungen reagieren. Die Stromnetzbetreiber sind verpflichtet, den erzeugten Solarstrom oder Strom aus Wind, Wasser und Biomasse in ihr Netz aufzunehmen. Die Mehrkosten, die dem Stromnetzbetreiber dadurch erwachsen, werden in der Regel auf die Gesamtheit der Stromkunden umgelegt.

Das Modell ist staatsquotenneutral und enthält wichtige Vorteile: Die Rechtssicherheit und die Investitionssicherheit sind gewährleistet. Der administrative Aufwand, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den LKW, ist gering. Vor allem aber zeichnet sich das Vergütungsmodell durch ökologische Treffsicherheit aus.

Heute gibt es in über 36 Ländern Gesetze, die zumindest Teile der Idee "Kostendeckende Vergütung" enthalten. Besonders hervorzuheben ist das äusserst erfolgreiche und oft nachgeahmte Vergütungsmodell von Deutschland.

Das Modell ist für Liechtenstein bestens geeignet. Für ungeeignet halten wir eine Deckelung der Fördersumme. Diese kann zu plötzlichen Förderstopps führen, was wiederum die Hauseigentümer aber auch grosse Investoren verunsichert und die gewünschte Entwicklung bremst.

4.3.4 Modell der Investitionsbeiträge nach installierter Leistung

Dies entspricht dem heutigen Modell in Liechtenstein. Die, nach Abzug der Förderbeiträge bleibenden Kosten sind viel zu hoch, um Hausbesitzer zum Bau von Anlagen zu motivieren. Dieses Modell hat nichts bewirkt, es sind kaum Anlagen gebaut worden. Fast alle bestehenden Anlagen in Liechtenstein sind mit massiver Förderung durch die Solargenossenschaft (Impulsprogramm, Anteilscheine der Regierung und von Privaten) oder von Firmen und Gemeinden errichtet worden. Ein grosser Nachteil dieses Modells besteht darin, dass die finanzielle Förderung ausschliesslich durch die öffentliche Hand erfolgt.

Die Solargenossenschaft lehnt dieses Modell ab. Sollte es allerdings mit einem Vergütungsmodell kombiniert werden, können wir es befürworten.

4.3.5 Bewertung der Fördermodelle für Strom aus EE anhand eines internationalen Vergleichs.

Wir verweisen an dieser Stelle auf die vorher gemachten Äusserungen. Die nachfolgende Länder-Aufstellung unterstreicht den Erfolg des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Einspeisegesetze gibt es derzeit in:

Brasilien	Indien (6 Provinzen)	Österreich Portugal
China	Indonesien	Schweden
Costa Rica	Irland	Schweiz
Dänemark	Israel	Slowakische Republik
Deutschland	Italien	Slowenien
Estland	Japan	Spanien
Frankreich	Kanada (2 Provinzen)	Sri Lanka
Griechenland	Kalifornien	Thailand
Indien (6 Provinzen)	Korea	Tschechische Republik
Indonesien	Lettland	Türkei
Irland	Litauen	Ungarn
Estland	Luxemburg	Vereinigte Staaten (Washington)
Frankreich	Nicaragua	Zypern
Griechenland	Niederlande	

Quelle: Global Status Report 2005/2006 von REN21, Paris

Das Schweizer-Modell:

Wir können uns einem Modell, ähnlich dem in der Schweiz beschlossenen anschliessen, lehnen jedoch eine generelle Deckelung und Quotenaufteilung nach verschiedenen Erzeugungsarten ab. Sehr begrüssenswert beim CH-Modell ist die verursachergerechte Finanzierung der Vergütung mit einem generellen Strompreisaufschlag. Der Ständerat schlägt 0.5 Rp. pro KWh vor, der Nationalrat von 0.6 Rp. pro KWh. Das Geschäft ist noch hängig.

4.4 Wahl des Fördermodells für PV-Anlagen in Liechtenstein

Wie bereits erwähnt, können wir uns ein kombiniertes Modell mit Investitionsbeiträgen und Einspeisevergütung vorstellen. Es wäre schade, auf die grosszügige Förderung von Land und Gemeinden zu verzichten. Dies gilt insbesondere für die Gemeinden Vaduz, Triesen und Schaan, die die Landesbeiträge verdoppeln. Wir schlagen eine Harmonisierung der Gemeindebeiträge auf hohem Niveau vor. Die Degression der Investitionsbeiträge lehnen wir ab, weil sie eine Unsicherheit und Verzerrung verursacht, zumal sie nicht an die Marktpreise gekoppelt ist. Im Übrigen verweisen wir auf die vorher gemachten Äusserungen zum Potenzial der Photovoltaik.

Das kombinierte Modell sollte unserer Ansicht nach folgende Bedingungen erfüllen:

- Die Höhe der beiden Förderkomponenten muss so gestaltet werden, dass die Rechnung für den Anlagenbetreiber mindestens aufgeht.
- Die Referenzkosten einer Anlage, aufgrund derer der Vergütungssatz berechnet wird, müssen realistisch sein und dürfen nicht an Grossanlagen gemessen werden.
- Um sicher zu stellen, dass die Photovoltaik in Zukunft wirklich einen beträchtlichen Anteil am Strommix erreicht, müssen Grossanlagen gleichermassen gefördert werden.

Auch für die "Grossen" muss es rentieren. Nur so kann ein Boom ausgelöst werden, wie er in Deutschland zu sehen ist.

- Bei der Mittelbeschaffung muss unbedingt vermieden werden, dass es zu einem Förderstopp kommt. Die negativen Effekte, die dabei entstünden, wären fatal für die Investitionssicherheit und damit für die Förderung der Erneuerbaren Energien.
- Die Finanzierung der Vergütung muss längerfristig gesichert sein, d.h. der Regierung muss die Kompetenz eines Stromaufschlages eingeräumt werden, allenfalls bis zu einem festgelegten Maximalbetrag, wie es Nationalrat und Ständerat in der Schweiz mit 0.5 bzw. 0.6 Rp. pro KWh vorschlagen.
- Die Einspeisevergütung muss unter Berücksichtigung der erhaltenen Subventionen für alle Anlagen bezahlt werden. Bei den ersten Anlagen in Liechtenstein, realisiert durch die Solarpioniere der ersten Stunde, flossen weder Subventionen des Staates noch gab es einen fairen Einspeisevertrag der LKW. Die Höhe der Einspeisevergütung sollte eine Abwanderung der Solarproduzenten zu anderen Abnehmern von Solarenergie im Ausland verhindern.

Vaduz, den 15. Januar 2007